

„Miriam“ legt Bremen lahm



BREMEN. Erst starke Schneefälle, dann Glatteis: Schrittempo – das war gestern auf vielen Straßen Bremens das höchste der Gefühle. Teilweise blockierten Fahrzeuge, die selbst kleinere Steigungen nicht mehr hinauf kamen oder sich quer gestellt hatten, ganze Straßenzüge. Laut Polizeiangaben reagierten die Autofahrer relativ besonnen und passten ihr Fahrverhalten an: Zwar habe es „reichlich“ Unfälle gegeben, die allermeisten gingen aber mit Blechschäden relativ glimpflich aus. Auch die Busse und Bahnen der BSAG hatten mit der Witterung zu kämpfen – die Folge waren Verspätungen von bis zu einer Stunde. Am Bremer Flughafen mussten aufgrund des Tiefs „Miriam“ mehrere Verbindungen gestrichen oder auf andere Flughäfen umgeleitet werden. MK/Foto: TWR

Inklusiv-Schule Grüne fordern Tempo

BREMEN. Beeinträchtigte und nichtbehinderte Kinder sollen in Bremen gemeinsam unterrichtet werden. So sieht es das neue Schulgesetz vor. Nur an der Umsetzung in die Praxis hapert es. Dies kritisieren gegenwärtig die Bremer Grünen und wollen nun Tempo machen: Die Abgeordneten legten ein Zehn-Punkte-Programm vor, anhand dessen die Inklusiv-Schule, also der gemeinsame Unterricht aller Kinder, egal ob mit oder ohne Behinderung, schneller Realität werden soll. Demzufolge soll unter anderem eine Beratungsstelle für betroffene Eltern eingerichtet werden und gleichzeitig als Anlaufstelle für Lehrer sowie Schulleitungen auf ihrem Weg zur inklusiven Schule gelten. Dass dieser Weg oft noch nicht beschränkt werde, dafür machen die Grünen in erster Linie mangelnden Willen an Schulen und in der Verwaltung verantwortlich. (EMSN)

KONTAKT

Redaktion:
bremen@bremer-anzeiger.de
Tel.: [0421] 5 1804 - 5995

Anzeigen:
anzeigen@bremer-anzeiger.de
Tel.: [0421] 5 1804 - 5600

100 Tage „Raumschiff Berlin“

Ende der Schonfrist: Der BREMER ANZEIGER fragte bei den drei Bremer Bundestags-Neulingen nach

Von Matthias Koch

BREMEN. Mit insgesamt sechs Abgeordneten ist Bremen im Bundestag vertreten. Drei von ihnen sind längst alte Hasen und haben bereits einige Legislaturperioden hinter sich. Anders sieht es mit Carsten Sieling (SPD), Agnes Alpers (Die Linke) und Torsten Staffeldt (FDP) aus.

Für die drei ist es die erste Legislaturperiode – am Donnerstag sind sie 100 Tage im Amt. Grund genug, einmal nachzufragen, wie sich das Neulingstrio eingelebt hat.

Torsten Staffeldt (FDP)

Ein eigenes Büro bleibt für Torsten Staffeldt vorerst noch ein Traum – auch nach 100 Tagen im Bundestag. „Ich teile mir mit drei Mitarbeitern 18 Quadratmeter. Aber mir wurde versichert, dass sich das ändern soll“, sagt er. Für den selbstständigen Unternehmer ist das Mandat in Berlin der erste Ausflug in den Parlamentarismus



Torsten Staffeldt, der Bremer Liberale.

und „durchaus gewöhnungsbedürftig“.

Staffeldt: „Es wäre schön, wenn gelegentlich mehr die Inhalte statt Schuldzuweisungen im Mittelpunkt stünden.“ Viel Zeit werde damit verschwendet, den politischen Gegner anzugreifen. „Das sind teilweise wirklich Schaukämpfe – aber auch damit lernt man zu leben.“

Seine erste Bundestagsrede hat der Bremer Liberale noch vor sich: „Ich bin in unserer Fraktion für Häfen, Schifffahrt, Küstenschutz und Energieeffizienz zuständig – dazu standen noch keine Debatten an.“

Ob sich im Bundestag tatsächlich etwas erreichen lässt? „Da bin ich sicher“, sagt Staffeldt und ergänzt: „Ich kann hier einiges für Bremen tun – als Hafenstandort und auch im Bereich Windenergie hat unser Bundesland viel Potenzial.“ Dass die FDP auf Bundesebene nach der Mehr-

wertsteuersenkung für die Hotelbranche auch mit Kritik leben muss, sei zwar „unschön“ – aber letztlich nur „Geplänkel“. Es gebe schließlich gute Argumente für die Mehrwertsteuersenkung, die in vielen EU-Ländern längst Alltag ist. „Die sogenannte Mövenpick-Spende steht damit in keinem Zusammenhang“, sagt Staffeldt und geht zum Gegenangriff über: „Man könnte sich auch die Frage stellen, ob die 500.000-Euro-Spende von Mercedes an die SPD kurz vor der Entscheidung zur Abwrackprämie einen Einfluss hatte – aber diese Schlammgeschlachten bringen nichts.“

Auch dass die FDP in Bremen zum Sparen mahnt, während auf Bundesebene weitere Schulden beschlossen werden, ficht den Liberalen nicht an. Im Gegenteil: „Der Steuerzahler ist nicht für den Staat da, sondern der Staat für den Steuerzahler – es ist einfach richtig, dass die Menschen mehr in der Tasche behalten.“ In Bremen sehe es anders aus: „Wer Hilfe vom Bund verlangt, muss sich anstrengen, kommunalen Besitz veräußern und echten Sparwillen zeigen“, ist sich Staffeldt sicher.

Agnes Alpers (Die Linke)

Ihre parlamentarische „Feuertaufe“ hat Agnes Alpers bereits hinter sich: Schon in ihrer ersten von bislang zwei Bundestagsreden sorgte sie für Zwischenrufe aus Reihen der CDU und FDP. „Irgendwas muss ich also richtig gemacht haben“, lacht die Diplom-Pädagogin, die sich im Bundestag besonders in den Bereichen Bildung sowie Aus- und Weiterbildung engagiert. Ihr „erstes Mal“ am Rednerpult – das verhehlt die Neugeordnete nicht – sei „schon aufregend“ gewesen und zudem habe die Arbeitsweise des Parlaments ihre Tücken: „Es ist ein recht starres Korsett, an das man sich halten muss.“

Echte Diskussionen seien daher im Plenarsaal selten zu erleben – jeder Beitrag müsse vorher angemeldet werden. „Ein geordnetes Verfahren des Schlagabtausches“, so empfindet die Neuparlamentarierin die Debatten – aber davon lasse sie sich nicht entmutigen: „Im Gegenteil – ich habe hier Möglichkeiten, Dinge anzustoßen.“

Ein Projekt, an dem sie gerade vor Ort arbeitet: die Ausbildung in der Hotellerie. „Einerseits pumpt die Bundesregierung gerade rund 1 Milliarde Euro in diese Branche, andererseits brechen über ein Drittel aller Auszubildenden im Hotelbereich ihre Lehre ab.“ Da könne etwas nicht stimmen, meint Alpers und sucht daher das Gespräch mit den Gewerkschaften, aber auch mit den Handwerks- und Han-

delskammern.

Alpers Hauptproblem in Berlin: „Die Zeit ist knapp – und die Luft ist durch Klimaanlagen trocken.“ Allein 40 Stunden pro Woche verbringe sie in Sitzungen – sei es direkt im Plenarsaal, in Ausschüssen oder in ihrer Fraktion.



Die Bremerin Agnes Alpers vertritt die Partei Die Linke im Reichstag.

Letztere war in letzter Zeit viel mit sich selbst – oder vielmehr mit dem Abgang von Oskar Lafontaine – beschäftigt. Das Wort Führungskrise kommt Alpers dabei nicht über die Lippen: Sie spricht von einem „normalen Wechsel an der Parteispitze“ – räumt aber ein: „Das war nicht immer ein echtes Vergnügen.“

Wichtiger ist ihr der Kontakt zu den Menschen: „Manchmal – und da stimmt der Begriff ‚Raumschiff Berlin‘ – hat man das Gefühl, dass dort bei den Entscheidungen nicht mehr deutlich gesehen wird, was für teilweise tiefgreifende Veränderungen das für die Menschen draußen bedeutet.“

Carsten Sieling (SPD)

„Die Wahl kam wohl wie Weihnachten – einfach zu überraschend. Mein eigentliches Büro wird erst Ende Februar fertig“, meint Carsten Sieling lächelnd. Denn auch er teilt sich gegenwärtig noch mit drei Mitarbeitern einen 18-Quadratmeter-Raum. Dennoch dürfte ihm der Start in Berlin etwas einfacher gefallen sein: Seine parlamentarischen Sporen hat sich der Sozialdemokrat schließlich bereits als langjähriger Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bürgerschaft verdient. Und dennoch: „Bei meiner ersten Bundestagsrede war ich hochkonzentriert und durchaus ein wenig aufgeregt.“ Nächste Woche steht nun bereits seine dritte Rede an. „Man wird gelassener“, sagt Sieling. Einen Unterschied zum eher

kuscheligen Bremer Parlament sieht er dennoch: Im Bundestag sei die Argumentation schärfer und mehr darauf bedacht, die eigene politische Position zu akzentuieren. „Ich empfinde diese politische Kultur allerdings als durchaus spannend – und wenn man dann noch miterlebt, wie schon in den ersten 100 Tagen der erste Minister einpacken muss, weiß man, dass man hier einiges erreichen kann.“

Auch Sieling sieht allerdings ein Defizit: „Die Rückbindung zu den Bürgern ist nicht so eng wie in Bremen, wo man von den Menschen auf der Straße angesprochen wird und so laufend seine eigene Position überprüft.“ Wichtig ist ihm daher ein „Ohr am Wahlkreis“ zu haben: „Man darf nicht vergessen, für wen man da im Reichstag sitzt – und dass auch in Berlin nur mit Wasser gekocht wird.“ Neu sei für ihn allerdings der enge Terminplan gewesen: „Ich habe mich immer über die leeren Sitze im Plenarsaal gewundert. Das Problem ist aber, dass in Berlin viele Dinge, wie Bundestags- oder Ausschusssitzungen parallel laufen und man nicht überall sein kann.“



Carsten Sieling (SPD) wechselte vom Bremer ins Berliner Parlament. Fotos: Stoss/MK